

Ä1 Echte Verkehrswende - saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Grüne Jugend Hochtaunus

Beschlussdatum: 10.11.2017

Text

Von Zeile 5 bis 7:

~~Car-Sharing~~, Carsharing, Radverkehr, Elektromobilität und öffentlicher Nahverkehr sind ~~im Aufwind~~ die Zukunft der Mobilität. Es geht um neue Kombinationen aus Auto, Fahrrad, Bus und Bahn. Hier müssen Möglichkeiten geschaffen werden, damit viele Pendlerinnen und Pendler

Ä2 Echte Verkehrswende - saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Grüne Jugend Hochtaunus

Beschlussdatum: 10.11.2017

Text

In Zeile 17:

- ~~Mietfahrrad-Konzepte entwickeln~~
- Aufbau eines kreisweiten Bikesharing

Ä3 Echte Verkehrswende - saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Grüne Jugend Hochtaunus

Beschlussdatum: 10.11.2017

Text

Nach Zeile 25 einfügen:

Deswegen müssen wir eine Aktives netz von Frankfurt bis Wetzlar zu jeder Tageszeit angeboten.

Ä4 Echte Verkehrswende - saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller*in: Grüne Jugend Hochtaunus

Beschlussdatum: 10.11.2017

Text

Nach Zeile 36 einfügen:

- Der Hochtaunuskreis muss neue und innovative Konzepte für ein Attraktiven ÖPNV schaffen.

Ä1 Bezahlbare Wohnungen – auf die Planung kommt es an

Antragsteller*in: Andreas Kißmehl, Sven Ronde, Tom Rudert, Dominik Scheliu, Constantin Sennlaub, Lena Stöckl

Text

BEZAHLBARE WOHNUNGEN – AUF DIE PLANUNG KOMMT ES AN

Bundesweit gibt es immer weniger bezahlbaren Wohnraum. Alle Einkommensschichten haben ein Recht auf diese Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Der Gentrifizierung, also dem Strukturwandel durch steigende Mieten und der Verdrängung der Bewohner durch Besserverdienende, müssen Maßnahmen entgegengesetzt werden. Kurzfristig kann eine greifende Mietpreisbremse wirken, langfristig benötigt es andere Konzepte, um den Wohnungsmangel zu beseitigen.

So brauchen auch Erzieher*innen, Polizist*innen und junge Familien die Chance, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes eine Wohnung zu finden. Um Wohnen bezahlbar zu machen, muss der Hochtaunuskreis mehr Mut zu neuen Wohnprojekten haben. Kreiseigene Grundstücksverkäufe müssen an Planungen wie Mehrgenerationenhäuser, barrierearme oder alternative Wohnprojekte und nicht an den höchsten Verkaufspreis gebunden werden.

Neben dem eben genannten Vorschlag der hessischen Architektenkammer, den ich weiterverfolgen werde, sind weitere Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels nötig. Mir ist bewusst, dass es zu wenig Wohnraum gibt und genau deshalb trete ich für den Bau von bezahlbarem Wohnraum ein. Dabei muss nicht nur in die Fläche gebaut werden, sondern kann auch in bereits vorhandenen Bebauungen weiterer Wohnraum durch Verdichtung oder Aufstockung geschaffen werden.

Zusätzlich kann die Schaffung von Wohneigentum, gerade vorsorglich für das Alter, dazu beitragen, dass wir nicht von Altersarmut gefährdet sein werden. Wer seinen Kredit für das Wohneigentum abbezahlt hat, dem entfallen monatliche Ausgaben von mehreren Hundert Euro, was die zu schließende Rentenlücke beim Renteneintritt verringern kann. Zur besseren Bezahlbarkeit, auch für Geringverdienende, müssen entsprechende Projekte mit anderen Kreisen, dem Land oder dem Bund angestoßen werden, wofür ich mich aktiv einsetzen werde. Ein Eigenheim schafft das Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit. Genau deshalb trete ich für bezahlbaren Wohnraum im Hochtaunuskreis ein.

Ä1 Schulen

Antragsteller*in: Andreas Kißmehl, Sven Ronde, Tom Rudert, Dominik Scheliu, Constantin Sennlaub, Lena Stöckl

Kapiteltitel

Ändern in:
KINDER UND JUGEND

Text

A7: Kinder und Jugend

Der demografische Wandel wird den Hochtaunuskreis treffen und die bisherige Politik scheint nur darauf ausgelegt die Symptome zu verringern anstatt unsere Region auch für junge Menschen attraktiv zu machen oder die Gründung von Familien mit Kindern zu fördern. Hier möchte ich aktiv dafür sorgen, dass unsere Region auch ein attraktives Lebensumfeld für junge Leute bietet und eben nicht nur wohnortnah an Frankfurt liegt.

Schulen

Der Hochtaunuskreis investiert beträchtliche Geldmittel in seine Schulen, bei der Schulsozial- und Jugendarbeit lässt er die Eltern und Kommunen hingegen im Regen stehen. Der Kreis muss hier deutlich mehr leisten, das bedeutet: Mehr "echte" Ganztagschulen mit entsprechender Betreuung und Ausstattung an denen Schüler*innen auch gerne sein wollen. Hierzu ist ein gutes und gesundes Essensangebot über den ganzen Tag verteilt notwendig. Der Taunus-Menue-Service muss sein Angebot entsprechend regional und biologisch anpassen. Während regelmäßiger Reviews sind Wünsche und Anpassungen des Angebots mit Eltern, Schüler*innen und betroffenen Arbeitnehmer*innenn an den Schulen zu besprechen. Eine Ausweitung des Angebots auch auf Kitas halte ich für denkbar. Bei der Qualitätssicherung der Betreuung durch die kreiseigene Gesellschaft "Kinderbetreuung im Taunus(KIT)" werde ich mich für mehr pädagogische Kräfte einsetzen.

Trotz der fortwährenden Ausweitung der Schulzeiten dürfen auch Bewegung und "abschalten vom Leistungsdruck" nicht zu kurz kommen, weshalb ich mich für eine stärkere Kooperation von Vereinen und Schulen einsetzen werde.

Jugend und junge Leute

Für junge Menschen ist Mobilität und günstiger Wohnraum ein hohes Gut, für beides habe ich separate Kapitel verfasst in denen ich meine Vorhaben zum ÖPNV und zum bezahlbaren Wohnraum darstelle. Junge Menschen brauchen aber auch Orte, an denen sie sich treffen können und Möglichkeiten "quality time" außerhalb der eigenen Vier-Wände zu verbringen.

Hierzu werde ich mich unter anderem für die Schaffung einer Stelle einsetzen, welche auf Kreisebene alle Einzel Events und Freizeitmöglichkeiten innerhalb des Hochtaunuskreises sammelt und online zur Verfügung stellt, damit ein schneller und einfacher Gesamtüberblick über aktuelle Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in der Nähe möglich wird. Darüber hinaus muss ein Forum für die Jugendarbeit im Hochtaunuskreis geschaffen werden. Die Horizonte von Jugendliche enden nicht an der Dorfgrnaze. Nur auf Kreisebene können wir etwas bewegen.

Zusätzlich ist die Schaffung von modernen Freizeiteinrichtungen und Treffpunkten notwendig, denn junge Menschen brauchen Orte zum Zusammenkommen und Vernetzen.

Mir ist auch bewusst, dass viele junge Menschen lange Wege und Stunden ihres Tages für das Pendeln zu Studium und Ausbildung in Kauf nehmen oder, um dies zu vermeiden, unseren Kreis ganz verlassen.

Hier werde ich eine Arbeitsgruppe schaffen welche aus Betroffenen, Mitgliedern der Wirtschaft und leitenden Mitgliedern von Bildungseinrichtungen besteht, um moderne Lösungen zu finden und diese Lösungen dann umsetzen, denn die Digitalisierung kann auch an dieser Stelle verstärkt genutzt werden.

Ä1 Offenes Landratsamt – guter Service für Bürger*innen und Unternehmen

Antragsteller*in: Sven Rondé (Hochtaunus KV)

Text

Für viele Bürger*innen ist der Landkreis mit seinen Aufgaben oft weit entfernt von ihrem täglichen Leben. Diese Kluft zu verringern und den Hochtaunuskreis zum serviceorientierten Dienstleister zu entwickeln, sehe ich als meine Aufgabe.

Guter Service - mehr Innovation und Transparenz

Neben kurzen Bearbeitungszeiten gehört auch ein attraktives E-Government-Angebot dazu. Das ist mehr als nur PDF-Formulare zum Runterladen anzubieten, wie es zurzeit der Fall ist. Digitale Formulare ermöglichen ein einfaches, nutzerfreundliches Verfahren. So ist die Kreisverwaltung orts- und zeitunabhängig für alle Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen erreichbar.

Dazu gehört eine Website, die barrierefrei und nutzerfreundlich gestaltet ist. Eine klare Struktur und Navigation bietet den Menschen eine gute Möglichkeit, sich schnell und einfach zu informieren.

Die Umstellung auf die elektronische Akte in der Verwaltung will ich vorantreiben.

Als Landrätin will ich eine Bürgersprechstunde anbieten, die online gebucht werden kann. Ein regelmäßiger „Tag der offenen Tür“ im Landratsamt lädt die Bürger*innen ein, die Aufgaben und die Arbeit des Kreises kennenzulernen.

Damit Bürger*innen Verwaltungshandeln und Entscheidungen besser nachvollziehen können, muss über Kreisaktivitäten informiert und wichtige Informationen der Verwaltung müssen für alle öffentlich gemacht werden.

Ich werde mich für eine Informationsfreiheitssatzung stark machen.

So können Bürger*innen in die vorhandenen Informationen des Kreises Einsicht nehmen. Ausgenommen sind Unterlagen, die einem besonderen Schutzbedürfnis unterliegen. In Bayern gewähren schon mehr als 60 Landkreise, Städte und Gemeinden den Bürger*innen das Recht, Informationen einzusehen. In Hessen haben Frankfurt, Alsfeld, Maintal und der Landkreis Waldeck-Frankenberg eine Informationsfreiheitssatzung.

Bürgerbeteiligung – den Kreis von unten gestalten

Perspektive 2025 – so soll sich der Hochtaunuskreis entwickeln

Mit Perspektive 2025 will ich gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren im Hochtaunuskreis und den Bürger*innen ein Konzept entwickeln. Dabei geht es um mehr als nur um die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten, es geht darum, was für die Menschen im Kreis wichtig ist. Der Hochtaunuskreis bietet so viele Möglichkeiten. Als gemeindeübergreifender Akteur und als Initiator bringt der Kreis die Menschen zusammen.

Mit diesen Fragen wird eine breite Diskussion angestoßen:

- Wo steht der Hochtaunuskreis?
- Was sind seine Stärken und Schwächen?
- Welches sind die Themen für die Zukunft?
- Was erwarten die Menschen vom Hochtaunuskreis?

In Bürgerversammlungen, Online-Befragungen, World-Cafés, Town Halls oder Work-Shops können dazu Beiträge eingebracht werden.

In der Phase der Bestandsaufnahme werden z. B. die wichtigsten Handlungsfelder bestimmt:

- demografischer Wandel: Gesundheitsversorgung,
- Wirtschaft: Fachkräfte, Vernetzung Betriebe, Flächenverfügbarkeit, Förderung Wirtschaft,
- Klimaschutz und umweltfreundliche Mobilität
- Vielfältiges Angebot an Wohnraum, bezahlbarer Wohnraum
- Bildung: lebenslanges Lernen für jede Generation.

Der Hochtaunuskreis als Anwalt seiner Bürger*innen

In vielen Bereichen kann der Hochtaunuskreis zwar nicht allein entscheiden, aber er entsendet u. a. den Landrat als Vertreter in viele Gremien, z. B. in den Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Den Vertretern aus Frankfurt, Wiesbaden und Mainz ist es gelungen, die Fahrpreise zu senken, im Usinger Land werden die Fahrkarten teurer.

Zwar ist der Hochtaunuskreis nicht mehr in der Fluglärmkommission vertreten, aber für die fluglärmgeplagten Einwohnerinnen und Einwohner in Bad Homburg will ich Wege finden, ihrem Anliegen stärker Gehör zu verschaffen.

Nachhaltigkeit in der Verwaltung

Neben den politischen Entscheidungen hat natürlich auch die Verwaltungstätigkeit des Hochtaunuskreises Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Mit einer Beschaffungsrichtlinie, die ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt und einem Jobticket für die Mitarbeiter*innen will ich den Hochtaunuskreis zu einem attraktiven Arbeitgeber und guten Vorbild machen. Die Umstellung auf einen umweltfreundlichen Fuhrpark werde ich voranbringen.

Wirtschaft

Der Fachkräftemangel stellt viele Unternehmen, besonders den Mittelstand und das Handwerk, vor große Probleme. Als Landrätin werde ich einen „Runden Tisch“ einrichten, um von den Betrieben zu erfahren, welche konkrete Unterstützung sie benötigen und wie der Kreis unterstützen kann. In Kooperation mit den Kommunen werde ich eine nachhaltige Wirtschaftsförderung vorantreiben.

Damit auch kleine Betriebe im Hochtaunuskreis die Chance auf ein Jobticket des RMV haben, werde ich im Kreis eine Koordinierungsstelle anbieten.

Schnelles Internet für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen muss in jedem Ort des Hochtaunuskreises möglich sein. Ein leistungsfähiges Breitbandnetz ist wichtig bei der Wohnortwahl von Familien und für Unternehmen bei der Standortentscheidung. Dort, wo ein leistungsfähiges Netz fehlt, müssen die Kommunen vom Kreis besonders unterstützt werden, damit z. B. Gewerbegebiete entsprechend ausgestattet sind.

Begründung

Den A9, zumindest aber den Teil ab Bürgerbeteiligung sollte man meiner Meinung nach direkt hinter A1 schieben statt ihn soweit hinten abzuhandeln.

Begründung:

Politik auf kommunaler Ebene ist die direkteste Verbindung zwischen Bürger und Politik. Daher sollten die Bürgerinteressen im Mittelpunkt stehen was durch den besonders ausführlichen Teil A9 ja auch im Programm enthalten ist, allerdings eben erst relativ weit hinten im Programm. Um die Menschen "vor Ort abzuholen" sollte der Punkt daher entsprechend an den Anfang gerückt werden.